



08. Juli 2016

Ausgabe 07/2016

Liebe Genossinnen und Genossen,  
 liebe Freunde,

ab heute befindet sich das Parlament in der Sommerpause. Einige wichtige Vorhaben haben wir in den letzten Wochen noch beschlossen, damit sie sich nicht bis in den Herbst verzögern. Manchmal hilft so ein Meilenstein, damit Bewegung in festgefahrene Verhandlungen kommt – so zum Beispiel beim Thema Fracking und bei der Erbschaftssteuer.

Nachdenklich hat mich die Abstimmung Großbritanniens für einen EU-Austritt gemacht. Sie verdeutlicht, was Populisten bewirken können und zu was Protestwählen und Nichtwählen führen kann. Sicherlich müssen auch wir Politiker uns fragen, was wir falsch gemacht haben und vor allem wie wir die zukünftige EU gestalten wollen.

Schlimm finde ich wie die ungarische Regierung nun eine Volksabstimmung für ihre eigenen Zwecke missbrauchen will. Die Ungarn sollen darüber abstimmen, ob sie für oder gegen die Aufnahme von Flüchtlingen entsprechend der EU-Quote sind. Im Fall von Ungarn handelt es sich dabei um 1.300 Menschen. Wie wird sich die Mehrheit der Ungarn entscheiden? Es wäre schön, wenn das ungarische Volk solidarisch für die wenigen ihm zugeteilten Flüchtlinge stimmen würde. Bei solchen Abstimmungen drängt sich die berühmte Frage auf: Haben Minderheiten in der direkten Demokratie eine Chance?

### **Verlassen die Briten die EU?**

Am 23. Juli 2016 stimmte Großbritannien für den Austritt aus der EU. Getrieben von einer Debatte über Einwanderung und Fremdbestimmung durch die EU sprach sich eine knappe Mehrheit der Briten für das Ausscheiden aus der Europäischen Gemeinschaft aus.

Nachdem die Volksabstimmung gelaufen ist, muss das Parlament noch zustimmen. Das ist zurzeit noch mit der Suche einer Nachfolgerin für den zurückgetretenen Premierminister beschäftigt. Die Brexit-Befürworter haben es sich einfach gemacht und sich aus der Affäre gezogen. Ansonsten hätten sie ja jetzt Verantwortung übernehmen müssen. Insgesamt könnte der Austrittsprozess bis zu zwei Jahren dauern, mit der Option auf eine Verlängerung. In dieser Zeit werden im Detail die weiteren Beziehungen zwischen

### **Kontakt**

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann  
 @bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04  
 @bundestag.de

[www.sabine-poschmann.de](http://www.sabine-poschmann.de)

[https://www.facebook.com/  
 sabine.poschmann.1](https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1)

### **Links**

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

der EU und Großbritannien festgelegt. Die SPD-Führung hat sich für schnelle Verhandlungen ausgesprochen. Für die Beruhigung der Märkte wäre es wünschenswert.

Unabhängig davon müssen wir uns deutlich gegen Populisten stark machen, die Nationalismus als Lösung für die Probleme unserer Zeit anpreisen. Die europäische Einigung hat unserem Kontinent Frieden und Stabilität gebracht. Auch wenn es viele Baustellen gibt, sollten wir nie aus den Augen verlieren, was die EU bereits für Europa geleistet hat. Vielmehr sollten wir darüber reden, wie wir die Europäische Union weiterentwickeln wollen. Denn keineswegs dürfen wir nun denjenigen das Feld überlassen, die eine Spaltung wollen.

---

### **Fracking wird verboten**

Lange hat die SPD für ein Verbot von Fracking gekämpft. CDU und CSU haben das jedoch blockiert. In der vorletzten Sitzungswoche konnten wir unseren Koalitionspartner endlich zum Einlenken bewegen. Die Gewinnung von Gas unter Einsatz von Chemikalien, das sogenannte unkonventionelle Fracking, wird verboten. Deutschlandweit können zukünftig nur noch insgesamt vier Probebohrungen zu wissenschaftlichen Zwecken genehmigt werden. Diese Entscheidung liegt jedoch in den Händen der jeweiligen Landesregierung. Damit ist die Situation bei uns in NRW klar: Es wird kein Fracking geben! Denn unsere Ministerpräsidentin hat sich bereits frühzeitig für ein generelles Verbot eingesetzt.

Die Gefahr, dass durch Fracking – sei es nur zu wissenschaftlichen Zwecken – unser Trinkwasser verunreinigt wird, ist zu groß. Daher habe ich mich schon seit langem für ein komplettes Verbot eingesetzt. Ich bin froh, dass wir es nun, vor allem durch eine starke NRW-Landesgruppe im Bundestag, durchsetzen konnten.

---

### **Noch kein Durchbruch bei der Erbschaftssteuer**

Bis Ende Juni hatte das Bundesverfassungsgericht der Politik Zeit gegeben, die Erbschaftssteuer neu zu regeln. Im Bundestag hatten wir in der vorletzten Sitzungswoche nach langer Blockade der CSU einen Kompromiss verabschiedet. Die Bayern wollten umfangreiche Ausnahmen und Erleichterungen für die Wirtschaft. Das konnten wir in weiten Teilen verhindern. Uns ging es darum, dass beim Vererben von Unternehmen reiche Unternehmenserben nicht pauschal besser gestellt und Arbeitsplätze geschützt werden.

Deshalb muss ein Erbe weiterhin keine Erbschaftssteuer zahlen, wenn er den Betrieb sieben Jahre lang mit der gleichen Mitarbeiterzahl weiterführt. Kleinbetriebe mit bis zu fünf Angestellten müssen keinen Nachweis über den Erhalt der Arbeitsplätze führen. Zuvor galt diese Regelung, die die Bürokratie in den Betrieben klein halten soll, für Unternehmen mit bis zu 20 Arbeitnehmern. Das war uns deutlich zu großzügig.

Für Erben großer Unternehmen gibt es wie bisher Abschläge von der Erbschaftsteuer, wenn der Betrieb Schaden nehmen könnte. Dies muss nun aber explizit nachgewiesen werden. Bei der Prüfung wird zukünftig auch auf das private Vermögen geschaut. Will der Erbe das nicht, erhält er höchstens einen kleinen Nachlass. Falls die Erben die Steuer nicht gleich im Ganzen zahlen können, gelten neue Stundungsregeln.

Trotz des Erreichten bleibt der Gesetzentwurf aus meiner Sicht weit hinter unseren eigenen Forderungen zurück. Das sehen auch die Finanzminister der SPD-regierten Bundesländer so. Sie forderten Nachbesserungen und riefen heute den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat an.

---

### **Besserer Schutz für Prostituierte**

In Deutschland arbeiten schätzungsweise 400.000 Frauen als Prostituierte. Ein neues Gesetz unserer Familienministerin Manuela Schwesig soll dafür sorgen, dass Frauen und Männer, die freiwillig in der Prostitution sind, relativ gute Bedingungen haben. Auch soll es verhindern, dass Menschen zur Prostitution gezwungen werden können. Deshalb sieht das Prostituiertenschutzgesetz schärfere Kontrollen für Bordellbetreiber vor. Sie brauchen künftig eine Genehmigung. Wer beispielsweise wegen Menschenhandels vorbestraft ist, bekommt keine. Freier von Zwangsprostituierten müssen in Zukunft damit rechnen, dass sie im Gefängnis landen.

Als ich mich im vergangenen Dezember mit Vertreterinnen der Dortmunder Mitternachtsmission traf, kritisierten sie vor allem die von der CDU und CSU geforderten Meldepflichten und Zwangsuntersuchungen. Statt ernsthaft Hilfsangebote für Prostituierte zu schaffen, hob die Union den moralischen Zeigefinger. Der Zwang zu Gesundheitsuntersuchungen ist nun dank unseres Widerstandes vom Tisch. Prostituierte sollen stattdessen zukünftig an jährlichen Gesprächen zur Gesundheitsberatung teilnehmen. Außerdem müssen sie sich anmelden. Diesen Kompromiss mussten wir leider mittragen, damit die Regelungen zum Schutz von Prostituierten in Kraft treten können.

---

### **Unser Erfolg: „Nein heißt Nein!“**

Die Frauen in der SPD-Fraktion haben sich durchgesetzt. Es gilt der Grundsatz „Nein heißt Nein!“ bei der Reform des Sexualstrafrechts. Opfer einer sexuellen Belästigung müssen zukünftig nicht mehr nachweisen, dass sie sich körperlich gewehrt haben. Es reicht dann, wenn man deutlich sagt, dass man nicht angefasst werden möchte. Nachdem wir die Fraktion davon überzeugt hatten, dass es an der Zeit ist diesen Grundsatz im Gesetz zu verankern, mussten wir noch die CDU/CSU umstimmen. Dabei hat es geholfen, dass auch außerhalb des Bundestages klar Position bezogen wurde. So hat sich beispielsweise der Dortmunder Rat im März in einer Resolution für die Aufnahme von „Nein heißt Nein!“ in das Gesetz stark gemacht.

---

Jetzt heißt es für mich etwas durchatmen. Zwei Wochen werdet ihr mich nicht in Dortmund sehen, denn da genieße ich Bella Italia. Ansonsten bin ich aber auch in der Sommerpause vor Ort. Fest gebucht bin ich bereits beim

Abenteuerspielplatz in Scharnhorst, zum Kinderfest in Aplerbeck, beim Ortsverein Hörde-Süd, beim Sommerfest in Wickede, bei der Evinger Kohlenkirmes und, und, und.

Herzlichen Dank sage ich allen Ortsvereinen und Stadtbezirken, die mich bereits für die Bundestagswahl 2017 nominiert haben. Einige werden noch folgen, da sie erst später tagen. Auf jeden Fall würde ich mich freuen, für euch ein weiteres Mal an den Start zu gehen.

Einen schönen Sommer wünscht euch

*Sabine*

